



ICE-Trasse (zwischen Köln und Frankfurt am Main)

OLIVER STRATMANN / DPA

BAHN

SPD kontra Privatisierung

In der SPD wächst der Widerstand gegen eines der wichtigsten Projekte ihres Verkehrsministers Wolfgang Tiefensee – die Bahnprivatisierung. Das Vorhaben, das bereits zahlreiche Bundestagsabgeordnete ablehnen, soll nun per Parteitagsbeschluss zu Fall gebracht werden. Mehrere SPD-Landesverbände wollen auf dem Bundesparteitag im Oktober einen entsprechenden Antrag stellen. „Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge können wir nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte aussetzen“, heißt es in einem Papier der SPD Baden-Württemberg. Auch Berlins Landeschef Michael Müller macht gegen die Privatisierung Front: Das Vorhaben sei verfassungsrechtlich be-

denklich und „inhaltlich nicht begründet“. In der SPD-Bundestagsfraktion haben die Abgeordneten Hermann Scheer und Peter Friedrich ein „Memorandum gegen die geplante Privatisierung der Bahn“ vorgelegt: Auch die derzeitigen Befürworter würden zu der Erkenntnis kommen, „dass die Privatisierung kein gangbarer Weg ist“. Parallel gibt es auch bei der Union Widerstand – Landesverkehrsminister fürchten um ihren Einfluss auf die Infrastrukturpolitik. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) machte verfassungsrechtliche Bedenken geltend, Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) meldete Zweifel an. Tiefensee treibt das Projekt jedoch weiter voran.

SPD

Rüge fürs eigene Organ

SPD-Generalsekretär Hubertus Heil ist auf Distanz zu einer eigenen Publikation gegangen. In der jüngsten Ausgabe der „Berliner Republik“, die Heil zusammen mit 51 anderen aktiven und ehemaligen SPD-Abgeordneten herausgibt, war ein Beitrag des Meinungsforschers Manfred Güllner (Forsa) erschienen, in dem der niedersächsischen SPD empfohlen wird, im Landtagswahlkampf auf Porträt-Plakate ihres Spitzenkandidaten Wolfgang Jüttner zu verzichten. Begründung: Jüttners Konterfei „würde viele potentielle SPD-Wähler zur Wahlenthaltung motivieren“. Güllner liegt seit langem im Streit mit der SPD-Spitze in Berlin, der er eine Politik der „permanenten Modernisierung der Gesellschaft“ nahelegt. In einem Schreiben an die niedersächsische SPD-Spitze distanziert sich nun Heil, selbst Niedersachsen, von dem Beitrag, den er „mit äußerstem Befremden“ gelesen habe. Güllner ge-

lange zu Einschätzungen, die „falsch“ und „darüber hinaus menschlich und politisch zutiefst abstoßend“ seien. Die „Berliner Republik“, insbesondere bei der SPD-Linken seit langem in der Kritik, gerät damit erneut unter Druck. Heil: „Mit der Redaktion wird nun über Konsequenzen gesprochen.“



ANDREAS RENTZ / GETTY IMAGES

Heil (im Berliner Willy-Brandt-Haus)

VERFASSUNGSRICHTER

Kirchhof, der Zweite

Der Tübinger Finanz- und Steuerrechtler Ferdinand Kirchhof, jüngerer Bruder des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Paul Kirchhof, soll auf Vorschlag der Union in Kürze ebenfalls Richter am Bundesverfassungsgericht werden. Mit der SPD habe man sich bereits über die Wahl des 56-Jährigen Tübinger Hochschullehrers „verständigt“, heißt es aus Unionskreisen, und auch bei der FDP „um Zustimmung geworben“. Die Wahl des CDU-Mitglieds Kirchhof am 5. Juli im Wahlausschuss des Bundestags – nötig ist eine Zweidrittelmehrheit – gilt damit als sicher. Ferdinand Kirchhof ist derzeit ehrenamtlicher Richter am Staatsgerichtshof Baden-Württemberg; für das Land trat er unter anderem im Kopftuchstreit vor dem Bundesverfassungsgericht auf. Kirchhof, der Zweite, war bereits vor zwei Jahren als Kandidat für das höchste Gericht im Gespräch. Nun soll er Nachfolger des für Sozialrecht zuständigen Verfassungsrichters Udo Steiner werden.